Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 7-8

Artikel: Deutschland und seine europäische Zentrallage
Autor: Krockow, Christian von
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165306

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHRISTIAN GRAF V. KROCKOW, 1927 in Pommern geboren, zwischen 1961 und 1968 Professor für Politikwissenschaft, seither freier Schriftsteller, wohnt in Göttingen. Der vorliegende Beitrag ist der Teilabdruck eines am 8. Juni am Liberalen Institut in Zürich gehaltenen Vortrags. Weitere Buchveröffentlichungen zum Thema «Deutschland»: Heimat-Erfahrungen mit einem deutschen Thema, Stuttgart 1989, Die Deutschen in ihrem Jahrhundert, 1890–1990, Reinbek 1990, Die Deutschen vor ihrer Zukunft, Berlin 1993.

DEUTSCHLAND UND SEINE EUROPÄISCHE ZENTRALLAGE

Deutschland wird unentrinnbar von seiner europäischen Zentrallage bestimmt, und wenn man von Russland mit seiner Ausdehnung über zwei Kontinente absieht, dann hat es auf begrenztem Raum mehr Nachbarn als jeder andere Staat auf der Welt.

Die Märchen erzählen, wie Prinzessinnen geboren werden: Weise Frauen treten ans Kindbett und sagen ihre Zaubersprüche; sie wünschen Tugend, Schönheit und Reichtum, und die Wünsche gehen in Erfüllung. Doch es gibt auch den Fluch, wie in der Geschichte vom Dornröschen: *«Die Königstochter soll sich in ihrem fünfzehnten Jahr an einer Spindel stechen und tot hinfallen.»* Der Tod kann gerade noch zum hundertjährigen Schlaf abgewandelt werden, aber dann hilft keine Vorsorge mehr, kein Spindelverbrennen; das mit der Geburt vorgegebene Schicksal muss sich erfüllen.

Mit den Nationen scheint es ähnlich zu sein wie mit Prinzessinnen. Es gibt Vorbestimmungen, denen sie sich stellen müssen, zumindest eine: die geographische Lage. Alles sonst mag sich wandeln, sogar der Volkscharakter, obschon selten in kurzen Fristen. Die Schweden waren einst als brutale Soldaten gefürchtet, die Engländer hielten sich im Mittelalter vom Seefahren fern, und vom verträumten deutschen Michel hatte man um 1840 ganz andere Vorstellungen als ein Jahrhundert später, als «Blitzkrieg» und «Endlösung» statt «Bildung» und «Gemütlichkeit» zu Weltworten aufrückten.

Die Geographie jedoch setzt ein Schicksal, sei es zum Segen oder zum Fluch. Ob man sich in einer europäischen Randlage befindet wie Portugal und Norwegen oder in einer Zwischenlage, von mächtigen Nachbarn überschattet, wie Polen, ob es dank Meeren und Gebirgen weithin «natürliche» Grenzen gibt, wie für Spanien, Italien und Frankreich, oder ob man sich, wie Ungarn, in einer ringsum offenen Fläche einrichten muss, das schafft politische Grundbedingungen, zum Beispiel für die Sicherheit oder Gefährdung.

Vor- und Nachteile des Verbundsystems

Die Zentrallage lässt grundsätzlich zwei Möglichkeiten zu. Die eine zielt auf Verflechtung, auf Verbundsysteme. Ein solches System entstand 1648 zu Münster und Osnabrück. Das alte Reich, was immer es sonst sein mochte, bestand gewissermassen aus seinen Verflechtungen. Im 18. Jahrhundert waren die Könige von England, Polen, Dänemark und Schweden als deutsche Kurfürsten oder sonst durch ihre Besitzungen mit dem Reich verbunden; der Kurfürst von Brandenburg verfügte über Ostpreussen, so dass er sich dort – ausserhalb des Reiches – zum «König in Preussen» krönen konnte; die kaiserlich-habsburgischen Länder streuten ohnehin weit über Europa; Frankreich war eine Signatar- und Garantiemacht des Westfälischen Friedens. Ein zweites, allerdings weniger deutliches Verbundsystem entstand 1815 auf dem Wiener Kongress, ein drittes nach 1945. In allen Fällen ging es zugleich um Versuche, nach langen und katastrophalen Kriegsperioden Frieden zu schaffen.

Zur Logik eines jeden Verbundsystems gehört freilich, dass es die Handlungsmöglichkeiten beschränkt. Im Geleitzug kann kein Kapitän Kurs und Geschwindigkeit nach eigenem Ermessen bestimmen, im Bus fährt man anders als im privaten Auto, und nach der Eheschliessung sollte man sich nicht mehr benehmen, als sei man noch Junggeselle; als «Single» zu leben bringt Vor- und Nachteile, wie auch die Wohngemeinschaft.

Für Nationen ist es nicht anders, und je nach dem Standpunkt sieht man die Vor- oder Nachteile des Verbundsystems. Der deutsche Nationalismus aber, wie er sich seit dem 19. Jahrhundert entwickelte, sah bloss noch die Nachteile, je weiter er sich entwickelte, desto einseitiger. Man sprach von Ohnmacht und Demütigung; der ungeheure Jubel, der *Bismarcks* Reichseinigung begleitete, entsprang nicht zuletzt dem Gefühl, nun – endlich – frei, aller lästigen Abhängigkeiten ledig und Herr im eigenen Hause zu sein.

Nur leider: Der europäischen Zentrallage und damit der Beziehungsnähe zu den Nachbarvölkern liess sich nicht entkommen. Solche Nähe, sofern sie nicht mehr durch prinzipielle Gleichrangigkeit im Verbundsystem bestimmt sein soll, lässt ihrer Logik nach bloss die andere, zweite Möglichkeit zu: Dominanz. Denn nur Rücksichtslosigkeit befreit davon, auf die Nachbarn Rücksicht zu nehmen; nur überlegene Macht kann verhindern, dass die Nähe doch wieder in Abhängigkeiten umschlägt. Wie aber kann die Dominanz erreicht und auf Dauer gestellt werden, wenn nicht im Konflikt, im Machtkampf gegen die Nationen ringsum?

Nur Rücksichtslosigkeit befreit davon, auf die Nachbarn Rücksicht zu nehmen; nur überlegene Macht kann verhindern, dass die Nähe doch wieder in Abhängigkeiten umschlägt.

1945: Zusammenbruch der Tyrannei

Die Herstellung der Dominanz ist in zwei Weltkriegen versucht worden – und katastrophal gescheitert. Daher bezeichnet das Jahr 1945 nicht nur als Zusammenbruch der Tyrannei eine Epochenwende. Seither entstanden wieder Verbundsysteme, im Zuge des kalten Krieges gleich zwei. Die DDR wurde ins Sowjetimperium eingegliedert, indessen die Bundesrepublik sich dem Westen zuwandte. Die Bürger der DDR wurden bei ihrer östlichen Eingliederung gar nicht erst gefragt, sondern mussten sich fügen; die Bundesbürger haben die Wendung nach Westen bald und zunehmend eindeutig bestätigt. Nicht zuletzt dieser Wendung verdankte *Adenauer* in den fünfziger Jahren seine strahlenden Wahlsiege.

Natürlich schien es vorteilhaft, ein guter (West-)Europäer zu sein. Einerseits fand man Schutz vor der unheimlichen Macht aus dem Osten. Andererseits konnte man das gerade Vergangene, wenn schon nicht vergessen machen, dann doch vergangen sein lassen und vom Paria zum geachteten Partner aufrücken. Der wirtschaftliche Erfolg tat ein übriges; mit ihm entwickelte sich eine ökonomische Spielart von Weltbürgertum, als sich die Bundesrepublik zur Welt-Exportmacht mauserte. Als blossen Opportunismus sollte man die Hinwendung zum Westen dennoch nicht werten. Gerade die jüngeren Generationen, die das Geschehen vor 1945 nicht mehr zu verantworten hatten, erwiesen sich als überzeugte Europäer. Auch die wirtschaftlichen Bedingungen sollte man so gering nicht schätzen, wie Intellektuelle das zu tun pflegen. Erst der Erfolg schuf dem neuen Verbundsystem sein praktisches, vergleichsweise solides Fundament, und inzwischen bildet das ökonomische Weltbürgertum einen wichtigen Sperriegel wider den ausländerfeindlichen Rechtsextremismus, weil man um Exportchancen bangt.

Bedeutung der Wiedervereinigung

Auf den ersten Blick hat sich nach 1989 wenig verändert, sofern man davon absieht, dass das östliche Verbundsystem zerfiel und das westliche von der Elbe und Werra bis zur Oder und Neisse vorrückte. Einmütig versichern Regierung und Parteien, dass ihnen, wie einst Adenauer, die europäische Einigung eine Herzenssache sei, die sie nach Kräften voranbringen möchten. Und den Polen, den Tschechen, den Russen wird wieder und wieder versichert, dass wir ihnen ein guter Nachbar sein wollen. Als es um die Bedingungen der Wiedervereinigung ging, hat man verstanden, dass zu ihnen gehörte, keine Furcht zu verbreiten; daher wurde der Vertrag mit Polen, der die 1945 gezogene Grenze feierlich bestätigte, mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Auf den zweiten Blick jedoch nimmt sich manches verwirrend und vieldeutig aus. Ob es von guter Nachbarschaft zeugt, wenn man einen Teil der Probleme, die sich aus dem Zustrom von Fremden, von Asyl- oder Wohlstandssuchenden ergeben, kurzerhand auf Länder abwälzt, die darauf nicht vorbereitet sind, steht dahin. Insgeheim begegnet man diesen Ländern selbst mit einer Mischung von Verachtung und Furcht; sie stellen sich als Armutszonen dar, von denen her ein Zustrom der Men-

schen ebenso droht wie die Billiglohnkonkurrenz. Und ist es denn wahr, dass das Engagement für Europa noch immer im Vordergrund steht? In der Bevölkerung jedenfalls ist das Interesse drastisch gesunken, sofern man den Umfragen glauben darf. Wenn nach einem Wort von *Jacques Delors* zwar nicht alle Deutschen an Gott, aber alle an die Bundesbank glauben, dann scheint es besser, den Währungshütern in Frankfurt statt einer europäischen Institution zu vertrauen, in der die eigenen Vertreter nur eine Minderheit bilden.

Deutsche Malaise

Wir sind, so scheint es, vor allem mit uns selbst beschäftigt – und zwar in einem Zustand der Unlust, der Schuldzuweisungen und Feinderklärungen, der Depressionen. Dabei gibt es durchaus auch Erfolge; so ist etwa die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern 1993 um über sieben Prozent gewachsen; für 1994 wird eine noch bessere Zahl vorhergesagt. Und was nach dem Abbruch schrottreifer Anlagen neu entsteht, wird in mancher Hinsicht exemplarisch modern sein. Bezeichnend ist aber, dass man die Erfolge kaum wahrnimmt; man möchte sich, sarkastisch ausgedrückt, seine schlechte Stimmung nicht verderben lassen.

Es wuchert, anders gesagt, eine seltsame Form von Nostalgie, eine Sehnsucht nach der verlorenen Idylle. Simpel ausgedrückt: In der guten alten DDR waren doch wenigstens die Mieten billig, und jeder hatte einen gesicherten Arbeitsplatz. Und nicht wenige Intellektuelle und Schriftsteller trauern einem verlorenen Biedermeier nach, einer Gesprächs- und Lesekultur, die hinter dem *«antifaschistischen Schutzwall»* angeblich bewahrt wurde und jetzt dem Ansturm westlicher Zivilisation erliegt.

Doch auch in der alten Bundesrepublik gibt es diese Sehnsucht nach der verlorenen Idylle, als sei man bis gestern die bloss etwas grössere, zugleich gemütliche und leistungstüchtige Schweiz gewesen, gnädig davor bewahrt, grössere Verantwortung übernehmen zu müssen. Während darum die einen mit Entsetzen feststellen, dass wir nach dem Zusammenbruch der Weltordnung von Jalta in die Rolle einer Grossmacht wider Willen geraten, sprechen die anderen von Macht*vergessenheit;* bezeichnend ist die Debatte, die über eine neue Rolle der Bundeswehr und ihrer möglichen Einsätze «out of area» geführt wird.

Verbundsysteme – die Europäische Union eingeschlossen – taugen nicht zuletzt als Sperriegel gegen die Dominanz einzelner Mitglieder.

Im Osten: Ungewissheit

Schaut man in die Zukunft und nach Osten, so bleibt vieles im Ungewissen. Um das an einem Beispiel anschaulich zu machen, von dem man – noch – kaum anders als im Mantel des öffentlichen Schweigens redet: Was wird eigentlich aus dem nördlichen Ostpreussen? Bisher handelte es sich um eine strikt abgeschottete sowjetische Militärkolonie. Aber die Sowjetunion gibt es nicht mehr, und nachdem die baltischen Staaten ihre Freiheit zurückgewonnen haben, hängt das Gebiet um Kaliningrad oder Königsberg beinahe so in der Luft wie zwischen den Weltkriegen die deutsche Provinz. Im übrigen handelt es sich um ein schlimm heruntergewirtschaftetes Gebiet.

Wie also weiter? Vorschläge sind durchaus zur Hand. Aus dem Vorstand der Deutschen Bank stammte das Konzept einer Freihandelszone. Andere hoffen auf eine neue Heimat für die Deutschstämmigen aus Kasachstan; halb im Verborgenen sind längst Organisationen dafür tätig, diese Hoffnung in die Tat umzusetzen. Eines schönen oder unschönen Tages, so der Hintergedanke, könnte man dann die Tarnkappe ablegen und sagen: «Grüss Gott, hier sind wir nun wieder.» Oder handelt es sich – wie man ebenfalls raunen hörte – bloss noch darum, den Preis für unseren Rückkauf auszuhandeln?

Mit Verlaub: Wie schnell schweifen da die Vorstellungen ins Abenteuerliche hinaus! Denn wie würden wohl die Polen reagieren, wenn sie sich unversehens mit einer geographischen Lage konfrontiert sähen, die sie ans Schicksalsjahr 1939 erinnert? Welche Abgründe von Ängsten müssten bei ihnen aufbrechen – oder welche bei Franzosen und Engländern, die den Anlass zum Krieg nicht vergessen haben, welche bei den Dänen, den Niederländern! Nein, so leichthin, so gedächtnisarm lassen sich die Verhältnisse gewiss nicht regeln. Wenn daher die Polen, die Tschechen und andere lieber heute als morgen der Nato beitreten würden, dann steht im Vordergrund gewiss die Furcht vor einem russischen Im-

perialismus, der – gerade als Kompensation wirtschaftlicher Misere – sehr rasch wieder erwachen könnte. Aber insgeheim geht es zugleich um die Sorge vor deutschen Unwägbarkeiten; Verbundsysteme – die Europäische Union eingeschlossen – taugen nicht zuletzt als Sperriegel gegen die Dominanz einzelner Mitglieder.

Daran allerdings kann kein Zweifel sein, dass der Osten uns fordern wird. Alles, unsere Wirtschaftskraft, unsere historischen Bindungen und Erfahrungen stellen uns dort, unvermeidbar, vor allen übrigen Ländern des Westens in die vordere Linie. Die Erwartungen, denen wir begegnen, sind ohnehin sehr gross, oft vielleicht übergross. Bis hin zur Bereitschaft, das Deutsche als alt-neue lingua franca, als verbindende Sprache wieder zu lernen (indessen die Russischlehrer auf der Strasse liegen), wächst uns nach der schreckensvollen *Selbstzerstörung* unseres Einflusses im Osten eine neue historische Chance zu, kaum noch erhofft. Ob und wie wir sie nutzen werden, das freilich ist die offene Frage. ✦

CHRISTIAN GRAF VON KROCKOW

HANS RYCHENER, 1911 in Bern geboren, studierte an der Universität Bern und wirkte bis zu seiner Pensionierung 1977 als Lehrer am Untergymnasium. Sein publizistisches Hauptinteresse galt dem Baltikum (mit Finnland und Ostpreussen). Nach 1940 setzte sich Hans Rychener während langer Zeit in zahlreichen Artikeln für die Wiederbefreiung der drei baltischen Völker ein. 1975 erschienen die Bücher «... und Estland, Lettland, Litauen?» und 1983 «Vergessenes Land (Ostpreussen)», beide im Verlag Peter Lang, Bern.

WAS WIRD AUS KÖNIGSBERG/KALININGRAD?

Zeichen eines Stimmungswechsels

Nach dem tragischen Untergang von Königsberg war Oblast Kaliningradskaja fast fünfzig Jahre lang ein streng abgeriegelter militärischer Sperrbezirk, ein strategisches Sprungbrett für mögliche Angriffsoperationen der Sowjetstrategen. Heute sind Stadt, Hafen und Bernsteinland eine Exklave der russischen Föderation zwischen Polen und Litauen – ein mit 115 000 km² fragwürdiges Staatsgebilde.

Seit ein paar Jahren erscheint in Kaliningrad die russischsprachige Wochenzeitung «Königsberger-Kurier» mit einer deutschen Zusammenfassung. Der Chefredaktor aus Moskau will den Lesern die grosse Vergangenheit der Stadt beibringen. *«Viele Jahre»*, schreibt er, *«hat man mit uns ein übles Spiel gespielt, uns wurde gesagt, vor 1945 gab es hier nichts. Aber die Geschichte der Deutschen ist auch unsere Geschichte. Die Leute, die hier waren, sind unsere Landsleute.»*

Schon 1991 veröffentlichte der «Königsberger-Kurier» den Artikel des russischen Schriftstellers *Jurij Iwanow*, der als junger Soldat seine Heimatstadt Leningrad hatte verteidigen helfen und dann, voller Hass gegen alles Deutsche, im zertrümmerten Königsberg als Angehöriger eines Leichenbergungskommandos einen Monat lang die Toten begraben half. Erschüttert vom Schicksal der untergegangenen Stadt, vertiefte er sich, vom Saulus zum Paulus geworden, in ihre Geschichte. Als Vorsitzender des Kulturfonds von Kaliningrad setzte er sich für die Rückbenennung der Stadt ein. In seinem Artikel stehen die Worte, die von einer grossen Wende künden:

«Es ist nicht unsere Sünde und auch nicht unsere Schuld, es ist unsere Armseligkeit, dass wir uns (wegen unseres Unvermögens und der Unmöglichkeit, selbständig zu denken und zu handeln) niemals über das barbarische Wesen der Verdrehung historischer Fakten und der Umbenennung von über Jahrhunderte im menschlichen Gedenken